der Stellvertreter des Ministers ist, innerhalb des Ministeriums. Zu diesen Funktionen gehört insbesondere:

- a) die Bildung und Verwendung der staatlichen Fonds in den Grundnahrungsmitteln entsprechend dem Staatsplan,
 - b) die überbezirkliche Versorgung bei den Grundnahrungsmitteln (Getreide, Ölsaaten, Kartoffeln, Schlachtvieh, Eier),
 - c) die Reservebildung und Lagerung pflanzlicher Erzeugnisse (einschließlich Bildung und Lagerung der Staatsreserven),
 - d) die Übernahme der Importe und Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen.
3. Aus den Abteilungen Land- und Forstwirtschaft und den Abteilungen Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Räte der Bezirke und Kreise werden Abteilungen Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft gebildet.
 4. In allen Fragen der Erfassung, des Aufkaufs und des Zucht- und Nutztviehhandels werden die VVEAB den Räten der Bezirke und die VEAB den Räten der Kreise entsprechend § 44 Abs. 2 des Gesetzes vom 17. Januar 1957 über die örtlichen Organe der Staatsmacht (GBL I S. 65, Ber. S. 120) unterstellt. Der Minister für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft ist hinsichtlich dieser Fragen berechtigt, über die Vorsitzenden der Räte der Bezirke grundsätzliche Weisungen an die VVEAB zu erteilen. Das Weisungsrecht über die Verwendung der staatlichen Fonds an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die von den VVEAB und VEAB gebildet und verwaltet werden, obliegt ausschließlich dem Minister für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft.
 5. Der Minister für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft hat dafür zu sorgen, daß die Mitarbeiter der Erfassungsorgane durch eine entsprechende Schulung für die Übernahme ihrer neuen Aufgaben qualifiziert werden.
 6. Die in der Verordnung vom 13. Februar 1958 über die Vereinfachung und Verbesserung der Arbeitsweise und der Struktur auf dem Gebiet der Erfassung und des Aufkaufs landwirtschaftlicher Erzeugnisse (GBL I S. 183) und der Verordnung vom 13. Februar 1958 über die Aufgaben des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft (GBL I S. 181) und anderen gesetzlichen Bestimmungen festgelegten Aufgaben des bisherigen Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft und des bisherigen Staatssekretariats für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse gehen auf das Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft über. Das gleiche gilt für die Abteilungen Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft der Räte der Bezirke und Kreise.
 7. Dieser Beschluß tritt am 15. April 1960 in Kraft.

Zweite Durchführungsbestimmung* zum Gesetz

über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik. — Beförderungsordnung —

Votn 7. April 1960

In Anerkennung hervorragender Leistungen bei der sozialistischen Bildung und Erziehung der Jugend und als Ausdruck der hohen gesellschaftlichen Stellung der Lehrer wird auf Grund des § 18 Abs. 2 des Gesetzes vom 2. Dezember 1959 über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik (GBL I S. 859) im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Organe der staatlichen Verwaltung und in Übereinstimmung mit dem Zentralvorstand der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung zur Durchführung des § 9 des Gesetzes folgendes bestimmt:

§ 1

(1) Bewährten Lehrern können folgende Titel verliehen werden:

Oberlehrer,
Studienrat,
Oberstudierirat.

(2) Bei hohen wissenschaftlichen Leistungen kann in besonderen Fällen auf Antrag des Ministers für Volksbildung durch den Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen der Titel

Professor

verliehen werden.

§ 2

Die Titel können an hauptamtliche Lehrer mit abgeschlossener pädagogischer Ausbildung in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, den Einrichtungen zur Aus- und Weiterbildung von Lehrern, Erziehern und Lehrmeistern, an Lehrer, die als pädagogische Mitarbeiter in den außerunterrichtlichen Einrichtungen, in den Organen der staatlichen Verwaltung und den Parteien und Massenorganisationen arbeiten, verliehen werden. Die Verleihung der Titel erfolgt unabhängig von der Tätigkeit der Lehrer in der Unterstufe, Oberstufe, im Schulhort, im Internat oder Heim, in der Volkshochschule und berufsbildenden Schule.

§ 3

(1) Voraussetzungen für die Verleihung eines Titels sind

ausgezeichnete Ergebnisse bei der sozialistischen Bildung und Erziehung der Jugend,
eine gute politische und fachlich-methodische Qualifikation,
aktive gesellschaftliche Arbeit.

(2) Für die Verleihung eines Titels ist in der Regel eine zehnjährige Dienstzeit im Volksbildungswesen der Deutschen Demokratischen Republik erforderlich.

(3) Die Verleihung eines Titels erfolgt **in** der Regel in der vorgesehenen Stufenfolge.

(4) Die Verleihung des Titels Studienrat oder Oberstudienrat kann erfolgen, wenn eine ständige weitere erfolgreiche Tätigkeit entsprechend den geforderten Bedingungen und eine Vertiefung der wissenschaftlichen Qualifikation nachgewiesen werden **kann**.

* L DB (GBL I S. 6)